

## **Das Betreuungsangebot für Grundschulkinder den Bedarfen anpassen! Jetzt !**

Als Stadtelternbeirat für die Schulen und dem Stadtelternbeirat der städtischen Kindertagesstätten begrüßen wir den im September letzten Jahres beschlossenen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder. Nicht nur für Eltern ganz individuell, sondern auch gesellschaftlich ist eine verlässlich und qualitativ hochwertige Betreuung der Kinder von großer Bedeutung.

Obwohl der Bund sich an den Kosten der regionalen Grundschulkinderbetreuung zukünftig finanziell beteiligen will, bleibt es aufgrund des gravierenden Fachkräftemangels höchst zweifelhaft, ob der Rechtsanspruch mittelfristig umgesetzt werden kann.

**Denn schon jetzt ist die Betreuungssituation in Wiesbaden sehr angespannt und der Bedarf wächst.**

Die Angst der Eltern, nach dem Wechsel ihrer Kinder von der Kita in die Schule in eine 'Betreuungslücke' zu laufen, die sie organisatorisch und finanziell überfordern könnte, ist groß. Durch Zuzug, Flüchtlingskinder und Neubaugebiete nimmt der Bedarf weiter zu. Zunehmend wenden sich zutiefst besorgte Eltern an die Stadtelternbeiräte.

In ihrem Jahresbericht aus dem Jahr 2022 konstatiert die Stadt Wiesbaden sich selbst eine gravierende Versorgungslücke. Von den Grundschulkindern waren zu diesem Zeitpunkt nur 61% mit einem Betreuungsplatz 'versorgt'. Gegenüber der selbst gesetzten Versorgungsquote von 75%<sup>1</sup> bedeutete dies bereits 2022 circa 1.400 fehlende Betreuungsplätze.

Aus der Umfrage des Stadtelternbeirates für die Schulen vom Januar 2023 geht hervor, dass selbst die Eltern, die einen Betreuungsplatz für ihr Kind 'ergattert' haben, nicht immer bedarfsgerecht versorgt sind. Häufig entsprechen die angebotenen Betreuungszeiten nicht dem tatsächlichen Betreuungsbedarf, so dass die tatsächliche Versorgungslücke noch größer ist, als sie in der städtischen Statistik erscheint.

**Vor diesem Hintergrund begrüßen wir die derzeitigen Bemühungen der Stadt Wiesbaden, Abhilfe bei der aktuellen Situation zu schaffen und sich parallel für das Jahr 2026, in dem der gesetzliche Anspruch eintritt, vorzubereiten, bewerten diese allerdings klar als nicht ausreichend.**

Mehrfach haben wir darauf hingewiesen, dass wir die Stadt in der Pflicht sehen, den Betreuungsbedarf zu analysieren (statt grob zu schätzen). Gerade vor dem Hintergrund knapper Kapazitäten und Fachkräftemangel ist es mehr als sinnvoll, den Bedarf möglichst genau zu kennen, um Planungen zu detaillieren. Dies betrifft sowohl den zeitlichen Bedarf (Früh- und /oder Umfang der Nachmittagsbetreuung bis 15:00 Uhr oder bis 17:00 Uhr), als auch den räumlichen Bedarf nach Grundschulen / Stadtteilen.

Des Weiteren ist es der Gesamtversorgungssituation nicht zuträglich, wenn etablierte, gut funktionierende Betreuungs- und Ganztagsmodelle zerschlagen werden oder deren Zerschlagung seitens der Stadt und ihren Verantwortlichen weitestgehend toleriert wird. Neben z.B. der Grundschulkinderbetreuung durch den Förderverein an der Grundschule Nordenstadt muss hier auch die schrittweise 'Rückabwicklung' der einzigen gebundene Ganztagsgrundschule im Profil 3, die Blücherschule, genannt werden.

Dass die Stadt den Pakt für den Nachmittag (PfdN) für die Grundschulkinderbetreuung favorisiert, hat durchaus verständliche, aber vorwiegend finanzielle Gründe, obliegt die Finanzierung des sog. 'frühen Moduls', d.h. der Betreuung bis 14:30 Uhr dabei doch dem Land Hessen und nicht dem Schulträger. Warum sich Grundschulen in Hessen seit Einführung des PfdN 2015 immer noch schwer tun, sollte umfassender analysiert werden, statt das Modell mit Nachdruck durchzusetzen. Künstlich festgelegte Platzobergrenzen für Fördervereine machen da wenig Sinn. Auch beim Pakt für den Nachmittag beschäftigen die Anbieter übrigens keine anderen oder höher qualifizierten Kräfte als die Fördervereine.

#### **Als Stadtelternbeiräte fordern wir:**

- **eingehende Analyse des tatsächlichen Grundschulkinder-Betreuungsbedarfs**
- **Aussetzen künstlich festgelegter Betreuungsplatz - Obergrenzen für Fördervereine**
- **Analyse der Hintergründe für die geringe Akzeptanz des Pakt für den Nachmittag und ggfs. Informationsangebote**
- **Ausweitung der Maßnahmen für die Fachkräftegewinnung inkl. Nachqualifizierung**
- **Ausweitung der Maßnahmen zur Gewinnung von schul- und wohnortnahen Räumlichkeiten, die zur Grundschulkinderbetreuung genutzt werden können inkl. Ausbau Mensen an Grundschulen**
- **Eruierung und ggfs. bessere Förderung alternativer Möglichkeiten zur Erweiterung fehlender Betreuungsplätze, z.B. Ausbau Tagesmutter-Konzept**

**Es geht um nicht weniger als Bildungsgerechtigkeit in einer Stadt, in der über ein Fünftel der Kinder von Armut bedroht sind. Qualitativ hochwertige Nachmittagsangebote und Hausaufgabenunterstützung sind für den Bildungserfolg vieler Wiesbadener Kinder ausgesprochen wichtig.**

Es geht aber auch um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und darum, dass nicht noch mehr (meist weibliche) Fachkräfte dem Arbeitsmarkt entzogen werden.

**Umfangreiche Investitionen sind nötig und gehören in den nächsten Haushalt, um den Kindern sowie den Familien gerecht zu werden!**